

«Wendehälse haben wir genug»

Christoph Blocher wirft sich in die Schlacht um die Begrenzungsinitiative. Das sei nicht sein letzter Kampf, sagt er. **Interview: René Donzé, Stefan Bühler**

NZZ am Sonntag: Haben Sie die Treicheln schon poliert für den Abstimmungskampf über die Begrenzungsinitiative?

Christoph Blocher: Nein, denn Treicheln sind aus Blech. Je älter und unpolierter sie sind, desto schöner sind sie.

Dann holen Sie diese jetzt wieder hervor?

Die kommen von selber. Treichlergruppen begleiten mich seit der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum 1992. Mit ihrem «Geschell» vertreiben sie die bösen Geister, die die Schweiz in die EU führen wollen.

Es kommt also zu einer Wiederauflage Ihrer Tournee von 1992, als Sie durch die Säle in der ganzen Schweiz gezogen sind?

Nein, nein - wir sind heute viel breiter aufgestellt. Aber ich werde mich sicher einsetzen. Schliesslich geht es darum, endlich das beschlossene Ende der Personenfreizügigkeit durchzusetzen. Denn die Masseneinwanderung ist unhaltbar. Seit 2007 ist über eine Million Personen zugewandert, das entspricht pro Jahr der Grösse der Stadt Biel. Das braucht Siedlungsfläche, zusätzliche Wohnungen, mehr Ärzte, mehr Lehrer. Und es führt zu überfüllten Zügen, Staus, Dichtstress und all den sozialen Missständen. Das stoppt die Begrenzungsinitiative. Diesen Kampf zu führen, ist die Partei bereit.

Meinen Sie? Die SVP hat bei den Wahlen verloren, hat Probleme in Kantonalsektionen und tut sich schwer mit der Suche nach einem Präsidenten. Zudem hat sie die letzten europapolitischen Abstimmungen verloren.

Lassen Sie das unsere Sorge sein. Ich kenne keine andere Partei, die so viele Volksinitiativen gewonnen hat wie die SVP. Ich nenne zum Beispiel die Minarettinitiative und die Ausschaffungsinitiative, und ohne SVP wäre heute die Schweiz in der EU. Ganz wesentlich war die gewonnene Masseneinwanderungsinitiative. Es ist ein Skandal, dass diese in geradezu landesverräterischer Weise vom Parlament nicht umgesetzt wurde.

Warum haben Sie gegen diesen Landesverrat, wie Sie sagen, nicht das Referendum ergriffen?

Selbst wenn das Volk diese Nichtumsetzung abgelehnt hätte, wäre es wieder aufs Gleiche rausgekommen. Nein, in diese Falle sind wir nicht getappt. Darum jetzt die Begrenzungsinitiative. Sie verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig regelt. Sie gibt dem Bund ein Jahr Zeit, um mit der EU die Begrenzung auszuhandeln. Will die EU nicht Hand bieten, ist die Personenfreizügigkeit zu kündigen, wie dies der heutige Vertrag vorsieht.

Sie pokern hoch, wenn Sie bloss zwölf Monate für Verhandlungen geben.

Es ist kein Poker. Wenn die EU weiss, dass eine Kündigung sonst unausweichlich ist, wird sie einlenken. Davor hat sie Angst.

Scheitern die Verhandlungen, fallen alle wichtigen bilateralen Verträge automatisch dahin.

Nicht unbedingt. Aber auch wenn die sechs Verträge dahinfallen, ist das keine Katastrophe. Viel schlimmer sind dagegen die verheerenden Folgen der Personenfreizügigkeit. Die Schweiz braucht diese Verträge nicht dringend. Sie sind vielleicht nice to have.

Für die Wirtschaft wäre eine Kündigung der Bilateralen, die den freien Zugang zum EU-Binnenmarkt ermöglichen, eine Katastrophe.

Das ist dummes Zeug. Der Marktzugang ist nach wie vor gewährleistet durch den Freihandelsvertrag und die WTO.

Wenn zum Beispiel der Vertrag über die Handelshemmnisse nicht erneuert wird, haben unsere Unternehmen Nachteile gegenüber der Konkurrenz aus der EU.

Entscheidend ist das nicht. Vielleicht wird das eine oder andere etwas weniger einfach. Entscheidend ist jedoch der Freihandelsvertrag. Und der wird nicht infrage gestellt. Aber die EU hat auch kein Interesse, auf die Bilateralen zu verzichten.

Fassen wir zusammen: Es ist nicht wirtschaftsfeindlich, wenn man am 17. Mai Ja stimmt? Im Gegenteil. Die Personenfreizügigkeit



«Ja, ich vertrete immer das Gleiche»: Christoph Blocher an seinem Ferienort in den Bergen. (19. Februar 2020)

Christoph Blocher

Der 79-jährige Zürcher Politiker präsidierte von 1977 bis 2003 die Kantonalzürcher SVP und prägte den Aufstieg der SVP Schweiz zur grössten Partei des Landes. Er sass 27 Jahre im Nationalrat. Von 2003 bis 2007 stand er als Bundesrat dem Justizdepartement vor. Heute bezeichnet er sich als «einfaches Parteimitglied».

ist volkswirtschaftlich ein Unsinn. Der grosse liberale Ökonom Milton Friedman, der extreme Befürworter des Freihandels, sagt, dass man alles dem Freihandel unterstellen könne, aber nicht Personen. Hier braucht es eine Regulierung. Natürlich ist es für einen Arbeitgeber schön, aus 500 Millionen EU-Ausländern die billigen Leute mit gleichen Qualifikationen auszusuchen. Er mag die Begrenzung als Nachteil empfinden.

Unsere Wirtschaft profitiert von der Personenfreizügigkeit - und Sie als Unternehmer wollen das stoppen?

Weil die grossen wirtschaftlichen Nachteile bei weitem überwiegen. Wir haben wegen der Personenfreizügigkeit zwar ein Wirtschaftswachstum, weil man für all die Zuwanderer mehr Infrastrukturen und Dienstleistungen braucht. Aber wir haben keine Produktivitätssteigerung. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf stagniert. Von den Einwanderern aus der EU arbeiten nur rund 20 Prozent in einem Beruf, in dem Fachkräftemangel herrscht; viele andere sind schlecht ausgebildet. Das zementiert eine schlechte Wirtschaftsstruktur.

Sie wollen also nur die 20 Prozent Fachkräfte hereinlassen?

Natürlich muss auch für diese ein Familiennachzug möglich sein.

Ausser im Titel ist in der Initiative nirgends von einer Begrenzung die Rede. Sagen Sie uns: Auf welchem Niveau wollen Sie die Zuwanderung limitieren?

Das kann man nicht generell festlegen. Die Zuwanderung soll sich jährlich nach den Bedürfnissen der Wirtschaft richten. Deshalb braucht es variable Kontingente.

Mit dem Kontingentsystem wollen Sie ein Bürokratiemonster aufbauen.

Es wird im Gegenteil wieder einfacher. Die Schweiz hat die verlangte Kontingentierung bis 2007 gehabt - mit Erfolg und ohne grosse Bürokratie. Das alte System wurde übrigens in den 1970er Jahren eingeführt, um die verhängnisvollen Folgen der bis dahin bestehenden freien Einwanderung zu beseitigen. Mit Erfolg. Die Wirtschaft war bereit, sich einzuschränken, um die Schwarzenbach-Initiative abzuwehren. Das war Weitblick, der heute fehlt.

Was ist heute anders?

Die treibenden Kräfte sind die Grossunternehmen, die es mit der EU und dem Bundesrat nicht verderben wollen. Dass die masselose Zuwanderung nicht mehr Wohlstand bringt, aber einen Lohndruck, steigenden Druck auf die Sozialwerke und steigende Sozialhilfekosten verursacht, kümmert die Manager kaum. In der Sozialhilfe haben wir heute 45 Prozent mehr EU-Bürger als vor Einführung der Personenfreizügigkeit.

Wenn alles wirklich so schlimm ist, warum kommt die SVP so brav daher? Mit dem Slogan



Bei der SP kann jeder Präsident werden, weil ihn niemand bei seiner Arbeit vermissen wird.

Begrenzungsinitiative

SVP gegen alle andern

Am 17. Mai stimmt die Schweiz über die Begrenzungsinitiative der SVP ab. Diese fordert das Ende der Personenfreizügigkeit mit der EU. Bei einem Ja soll der Bund mit Brüssel über eine einvernehmliche Lösung verhandeln; kommt diese nicht zustande, soll die Schweiz den Vertrag über die Personenfreizügigkeit kündigen. Wegen der Guillotine-Klausel würden damit auch die übrigen Verträge der Bilateralen I ausser Kraft gesetzt. Die Gegner sprechen deshalb von der Kündigungsinitiative und warnen davor, dass die Schweiz den unbürokratischen Zugang zum EU-Binnenmarkt verlieren würde. Die SVP unterstützt als einzige Partei die Initiative.

«Ja zu einer massvollen Zuwanderung?»

Die jetzige Einwanderung ist masslos: Zu viel ist zu viel. Einwandern in den Arbeitsmarkt sollen diejenigen können, die man in der Schweiz nicht findet. Das ist eine massvolle Lösung. Die Schweiz hat dies schon 2014 so beschlossen. Jetzt haben die Politiker endlich zu handeln.

In der Vergangenheit hat die SVP stärkeres Geschütz aufgeföhren: schwarze Schafe und Stiefel zum Beispiel.

Der richtige Abstimmungskampf der SVP und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz hat noch gar nicht begonnen. Was noch kommt, wird man sehen.

Die SVP scheint aber nicht in der Form für einen erfolgreichen Abstimmungskampf.

Warten Sie ab. Vielleicht ist sie in letzter Zeit als Folge sehr erfolgreicher Jahre etwas träge geworden und steht darum in einer Sanierung. Ein Aufbruch ist aber schon deutlich spürbar. Zu leichtgängige Leute kann man da nicht brauchen.

Leichtgängige Leute?

Personen, die es allen recht machen und beliebt sein wollen. Davon gibt es leider in allen Parteien zu viele.

Jetzt brauchen Sie an der Parteispitze wieder einen Zackigen, der zupackt? Eindeutig, aber das allein genügt nicht.

Zum Beispiel den ehemaligen Fraktionschef Adrian Amstutz.

Zum Beispiel. Aber zum Glück gibt es noch viele andere, die fähig sind. Niemand drängt sich auf, denn jemand, der in der SVP das Präsidium übernimmt, fehlt dann an einem anderen Ort. Das ist anders bei der SP. Bei denen kann jeder Präsident werden, weil ihn niemand bei seiner Arbeit vermissen wird.

Herr Blocher, es ist doch wie in der Schifffahrt: Wenn die See hochgeht und das Schiff schlittert, muss der alte, erfahrene Kapitän ans Ruder. Übernehmen Sie?

Vielleicht wäre das eine Lösung, wenn wir als Partei vor dem Untergang stünden. Doch das ist nicht der Fall. Das ist der Wunsch der Gegner, der nicht in Erfüllung geht.

Seit rund dreissig Jahren predigen Sie immer das Gleiche. Mögen Sie überhaupt noch?

Wie Sie sehen: Ich gebe Ihnen jetzt ja ein Interview, weil Sie mich gefragt haben und weil diese Initiative unbedingt angenommen werden muss. Ja, ich vertrete immer das Gleiche. Wendehälse haben wir genug.

Ist die Begrenzungsinitiative Ihr letzter Kampf auf der politischen Bühne?

Nein. Das Zentrale unseres Staatswesens ist, dass wir unser Schicksal selber bestimmen können. Und nun will uns der Bundesrat mit dem Rahmenabkommen mit der EU genau das wegnehmen. Einfach weil ein paar Politiker in Brüssel sagen, das sei modern? Und ein paar Manager von Grossunternehmen nicken? Sicher nicht! Da werde ich dagegen kämpfen - wenn es sein muss ganz allein. Aber das wird nicht nötig sein.

Und wann gehen Sie in Pension? Das wüsste ich selber auch gerne.